



Pressemitteilung

„Gesundheit fördern, heißt Demokratie fördern“

Unter diesem Motto eröffnet heute der Kongress Armut und Gesundheit in Berlin

Berlin, 17.03.2025 | Zum 30. Mal findet in diesem Jahr der Kongress Armut und Gesundheit statt. Heute und morgen treffen dabei Vertreter*innen aus Wissenschaft, Praxis, Politik und Zivilgesellschaft am Henry-Ford-Bau der FU Berlin zusammen. Unter dem Motto „Gesundheit fördern, heißt Demokratie fördern“ wird in über 90 Veranstaltungen diskutiert, welchen Einfluss der Sozialstatus auf die Gesundheit hat und wie sozial bedingte Ungleichheiten in Gesundheitschancen nachhaltig vermindert werden können.

Im Rahmen der Eröffnung formulierte **Dr. Johannes Nießen**, kommissarischer Leiter des Bundesinstituts für Öffentliche Gesundheit: *„Jeder Mensch muss sich auf eine gute Gesundheitsversorgung verlassen können – egal, wie viel er oder sie verdient, welche Bildung oder welchen sozialen Status er oder sie hat. Das Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit setzt sich dafür ein, dass Gesundheit kein Privileg ist. Der Kongress Armut und Gesundheit ermöglicht seit drei Jahrzehnten den intensiven Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis. Denn nur gemeinsam schaffen wir die Grundlage für eine gesunde Gesellschaft.“*

Prof. Dr. Claudia Röhl, Leiterin des Fachbereiches „Gesundheitlicher Umweltschutz und Schutz der Ökosysteme“ im Umweltbundesamt (UBA), wies darauf hin, dass Umweltschutz eng mit sozialen Fragen und denen des Gesundheitsschutzes verknüpft ist. Studien zeigen, dass Haushalte mit geringeren Einkommen häufiger Mehrfachbelastungen aus schlechter Luftqualität, Lärm und heißen Tagen ausgesetzt sind als finanziell besser gestellte Haushalte. Röhl betonte: *„Die Höhe des Einkommens darf nicht über eine höhere oder geringere Belastung mit Umweltschadstoffen entscheiden. Seit vielen Jahren arbeiten wir im Umweltbundesamt zum Thema Umweltgerechtigkeit. Unsere Expertise in Umweltfragen bringen wir möglichst breit ein, um so die ungleiche Verteilung von Umweltbelastungen zu verringern oder, noch besser, zu beseitigen. Gesunde Umwelt- und Lebensverhältnisse für und mit allen Menschen herzustellen, ist gelebte Demokratie. Dafür gilt es einzutreten – umso mehr angesichts von Meldungen, dass in unserer US-amerikanischen Partnerbehörde EPA aktuell fast 200 Mitarbeitende beurlaubt wurden, die dort zu Umweltgerechtigkeitsfragen tätig waren.“*

Auch **Dr. Ina Czyborra**, Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege im Land Berlin, nahm Bezug zum Kongressmotto: *„Gesundheit ist auch ein demokratisches Projekt. Nur wer gesund ist, kann sich aktiv einbringen und seine Rechte wahrnehmen. Eine gerechte Gesundheitsversorgung stärkt nicht nur den Einzelnen, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In Berlin setzen wir auf eine Gesundheitsstrategie, die alle relevanten Politikfelder einbezieht. Menschen, die erleben, dass ihre Anliegen gehört und ihre Rechte geachtet werden, können sich aktiv in die Gesellschaft einbringen. Deshalb müssen wir die Menschen nicht nur unterstützen, sondern ihnen echte Mitbestimmung ermöglichen. Partizipative Formate sind entscheidend, um gesundheitliche Ungleichheiten nachhaltig abzubauen. Der Kongress Armut und Gesundheit ist ein wertvoller Raum für Austausch, Innovation und neue Allianzen und bringt die Herausforderungen auf den Punkt.“*

Maren Janella, Projektleiterin des Kongresses Armut und Gesundheit, ergänzte: *„Es gibt wechselseitige Beziehungen zwischen demokratischen Prozessen und Gesundheitsförderung: Die Stärkung demokratischer Prozesse fördert das gesellschaftliche Bewusstsein für gesundheitliche Chancengleichheit, die Selbstbestimmung und Mitbestimmung. Durch die aktive Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen erfahren Menschen Selbstwirksamkeit, stärken ihr Vertrauen in Institutionen und erleben soziale Unterstützung. All diese Faktoren sind wesentliche Determinanten für die Gesundheit. Zudem ermöglicht demokratische Teilhabe eine aktive Mitgestaltung der Gesellschaft hin zu gesundheitsförderlicheren Rahmenbedingungen. Umgekehrt kann die Förderung der Gesundheit dazu beitragen, die gesellschaftliche Teilhabe zu erhöhen, indem sie Menschen befähigt, ihre Rechte einzufordern und sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.“*

Die Dokumentation der Veranstaltung findet sich in Kürze auf unserer [Website](#).

Auf dem Kongress werden verschiedene Schwerpunkte rund um soziale Determinanten von Gesundheit, gesundheitliche Ungleichheit, Umweltgerechtigkeit und Public Health in Deutschland beleuchtet, u. a.: aktuelle Daten zu gesundheitlicher Ungleichheit in Deutschland, Klima und Gesundheit, psychosoziale Gesundheit, Wohnungslosigkeit, ältere Menschen, Pflege, Geflüchtete, Nicht-Versicherte, Frühe Hilfen.

Eine Anmeldung zum Kongress ist weiterhin möglich! Der Kongress Armut und Gesundheit ist presseöffentlich. Medienvertreter*innen sind herzlich eingeladen.

Pressekontakt und Akkreditierung:

Marion Amler | amler@gesundheitbb.de | Tel. (030) 44 31 90 72

Ausgerichtet wird der seit 1995 stattfindende Kongress von Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V. Mitveranstalter sind neben der Deutschen Gesellschaft für Public Health (DGPH) e. V. und der Berlin School of Public Health (BSPH) auch die Freie Universität Berlin und das Umweltbundesamt. Zahlreiche Partner*innen unterstützen den Kongress Armut und Gesundheit.

Kongress Armut und Gesundheit 2025

Datum: 17. und 18. März 2025

Veranstaltungsort: Henry-Ford-Bau der FU Berlin | Garystr. 35 | 14195 Berlin

- Website: www.armut-und-gesundheit.de
- Bluesky: <https://bsky.app/profile/kongress-aug.bsky.social> #KongressAuG2025
- Mastodon: https://berlin.social/@kongress_armut_und_gesundheit
- LinkedIn: www.linkedin.com/company/gesbb/
- Podcast: <https://www.armut-und-gesundheit.de/podcast>